



Wöchentliche Abonnementspreise in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in der Zeitungs- 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 388. Mittags-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 20. August 1868.

## Deutschland.

**Berlin, 19. Aug. [Mittelsch.]** Se. Majestät der König haben dem großherzoglich medlenburgischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, Geheimen Legationsrath v. Bornemann, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Sectionschef im königl. italienischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Canton, den rothen Adlerorden dritter Klasse; so wie den Bildhauern Carl Adolf Wilhelm Donndorf, Gustav Adolph Riez und Johannes Schilling zu Dresden den königlichen Kronorden vierter Klasse verliehen.

Der Departements-Ärzt Dr. Pauli ist von Berlin nach Liegnitz und der Departements-Ärzt Dr. Ulrich von Liegnitz nach Berlin versetzt worden.

[Cabinet's-Ordre.] Mit Bezug auf die Verordnung, betreffend die Dienstverhältnisse der Offiziere des Verurlaubtenstandes, bestimme Ich hierdurch: Die bei den Landwehr-Bataillonen zur Zeit noch vorhandenen Führer des zweiten Aufgebots werden hiemit von diesem Verhältnis entbunden. Das Kriegs-Ministerium hat die weitere Bekanntmachung vorstehender Bestimmung an die Armee zu veranlassen. Ems, den 30. Juli 1868.

(gez.) Wilhelm. (gez.) von Roon.

— **Berlin, 19. Aug. [Das Auswandererschiff „Liebig“]**

Die erneuten schweren Beschuldigungen, welche das Auswandererschiff „Liebig“, früher „Leibniz“, betroffen, haben hier allgemein große Erregung hervorgerufen, besonders aber im Bundeskanzler-Amt eine Sensation gemacht, welche nicht ohne tiefgreifende Folgen bleiben wird. Bekanntlich waren die Maßregeln, welche auf Grund des Berichtes der eigens eingesetzten Untersuchungs-Commission angeordnet worden, nur provisorischer Natur und von Seiten des Bundeskanzler-Amtes als Vorgänger einer definitiven gesetzlichen Regelung des Auswanderer-Wesens bezeichnet. Wir erfahren, daß in Bezug auf letztere weitere Schritte bereits getroffen waren und man wird sicher nicht irren, wenn man annimmt, daß die Erfahrungen, welche in diesen Tagen gemacht worden, nicht unbenutzt bleiben werden. Jedenfalls bleibt es mindestens fraglich, ob man sich jetzt noch dazu entschließen wird, einfach die in Hamburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Auswanderer zu acceptiren. Daß man die neuesten Vorgänge der strengsten Untersuchung unterwerfen wird, ist selbstverständlich. — Der Präsident des Bundeskanzler-Amtes hat sich nach Hamburg begeben, wie weit die allerdings nahe liegende Vermuthung begründet ist, daß diese Reise des Hrn. Delbrück mit der neuen Leibniz-Affaire in Verbindung steht, bleibt dahingestellt.

[Ihre Majestät die Königin] verweilt noch in Koblenz. Nach dem Beginn der Nachtur Ihrer Majestät in Baden ist noch nichts festgestellt. Jedenfalls aber wird die Begleitung des Königs bei seiner bevorstehenden Reise in die Elberzogthümer seitens Ihrer Majestät nicht stattfinden können.

[Der Kriegsminister von Roon] ist am Montag Abend in Begleitung seines ersten Adjutanten, des Majors Hartrott, von der Reise nach Wiesbaden zurückgekehrt.

[Der General-Intendant v. Hülsen] ist von Wien zurückgekehrt.

[Die Militär-Gesetzgebung.] Wie die „Kreuztg.“ hört, ist jetzt von einer Revision der Militär-Gesetzgebung nicht die Rede; erst wenn die Straf-Gesetzgebung für Norddeutschland, über deren Vorarbeiten wir gestern berichtet haben, eine solche Revision nöthig machen sollte, wird dieselbe erfolgen.

[Die neuesten Berichte aus der Provinz Preußen] geben nach der „Prov.-Corresp.“ für die Beurtheilung des dortigen Ernteaussfalls noch keine weiteren Anhaltspunkte. Es bestätigt sich zunächst nur, daß im Allgemeinen das Wintergetreide einen mäßig befriedigenden Ertrag geliefert hat, die Sommerfaat dagegen mehr oder minder ungünstig ausgefallen ist. Alle Berichte stimmen dahin überein, daß der Körnerertrag des Getreides verhältnismäßig sehr ergiebig und daß die Frucht überaus mehlig ist. Aus Lithauen und Masurien gehen über den Ernteaussfall meist ungünstige Nachrichten ein. Doch standen gerade dort die Kartoffeln gut und man nahm in dieser für das Nahrungsbedürfnis der Bevölkerung so wichtigen Fruchtgattung eine befriedigende Ernte in Aussicht, falls die Hoffnungen nicht durch anhaltend nasse Witterung beeinträchtigt würden.

[Sonntagschulen in Strafanstalten.] Die „Provinzial-Correspondenz“ bespricht die Sonntagschulen in Strafanstalten. Sie sagt, daß die in einer Strafanstalt Weiskens getroffene Einrichtung einer freiwilligen Sonntagschule sich einer besonderen Beachtung empfiehlt, und hebt das streng ernste und angemessene Verhalten der Schüler hervor. „Durch Uebereinkommen zwischen dem Director und dem Anstaltslehrer sind für die Sonntage von 11—12 Uhr Vormittags und 4 1/2—6 1/2 Uhr Nachmittags Lehrstunden eingerichtet worden, an denen Theil zu nehmen den Gefangenen, gleichviel ob sie zu dem gewöhnlichen Unterricht herangezogen sind oder nicht, freigestellt ist. Lehrgegenstände sind: Schönschreiben nach Vorschriften, Rechtschreiben nach Dictionen unter Mittheilung der allgemeinen grammatischen Regeln, der Wörterlassen und ihrer Biegung, Rechnen an der Tafel und im Kopfe, Anfertigung gewöhnlicher Geschäftsbriefe und Rechnungen, Geographie, Geschichte und Zeichen. Das Ueben im Notenschreiben, sowie das frei Niederschreiben des in der Geographie und Geschichte Vorgetragenen wird gestattet. Auch das Schreiben der Briefe in die Heimath wird während der Schulstunden gestattet.“

Der Minister des Innern hat — so berichtet die „Pr.-C.“ — durch Rundschreiben die königlichen Bezirks-Regierungen von dieser Einrichtung in Kenntniß gesetzt und den Wunsch ausgesprochen, daß der günstige Erfolg des gegebenen Beispiels zu Versuchen in ähnlicher Richtung anregen möge.

[Rabbiner oder Ortsgeistliche als Schulinspektoren.] Die Frage, ob an jüdischen Elementarschulen der Rabbiner zum Local-Schulinspector ernannt oder ob vielmehr diese Schulinspection dem Ortsgeistlichen übertragen werden muß, ist durch ein Rescript des Cultus-Ministers vom 16. August entschieden worden. Dasselbe bestimmt im Wesentlichen Folgendes: Als ein Recht können die jüdischen Schulgemeinden die Berufung des Rabbiners zur Inspection über die Schule nicht in Anspruch nehmen, die bestehenden Gesetze nöthigen aber auch nicht, die Localinspection über jüdische Elementarschulen dem christlichen Ortsgeistlichen zu übertragen. Die Staatsbehörden können zwischen Rabbiner und Ortsgeistlichen nach ihrem Ermessen wählen. Wo letzterer die Inspection bereits habe und sie zur Zufriedenheit erlauge, bedürfte es sehr gewichtiger Gründe, um ihm dieses Amt wieder abzunehmen.

[Das Denkmal des Turnvaters Jahn] ist jetzt, wie die „Post.“ Btg. meldet, im Model beinahe fertig. Der Bildhauer Gule wird zunächst einen Gypsabguß machen und ihn öffentlich ausstellen.

Das erzene Standbild soll 1870 auf dem Turnplatz in der Hasenheide aufgestellt werden. Das Standbild wird, auf seiner Grundlage von Steinen aus allen Theilen Deutschlands und aus fernen Ländern sich sich Fuß hoch erheben. Das Modell zeigt Jahn als eine kraftvolle Männergestalt im Deutschen Rock, das gewaltige Haupt auf dem nicht minder gewaltigen Körper ruhend, die festgehaltene Faust auf einen Eisenstamm gestützt, vorwärts schreitend.

**Danzig, 18. August. [Marine.]** Heute früh 5 Uhr ging S. M. Dampfschiff „Pr. Adler“ unter Commando des Corvetten-Capitän Przewinski von hier nach Kiel in See. Das Schiff führt die Bote der „Grille“ mit sich.

**Stettin, 18. August. [Durch das Feuer in Bodejuch]** sind außer der Kirche und dem Prediger-Wittwenhause 21 Gehöfte mit allen dazu gehörigen Gebäuden, der gesamten Ernte und zahlreichem Vieh ein Raub der Flammen geworden. Auch sind vier Personen verbrannt und eine fünfte ist schwer verwundet nach dem hiesigen Krankenhaus geschafft. Mehr als 30 Familien sind obdachlos geworden. — In der Nacht vom 16. zum 17. brach in Dieblichhof bei Gollnow ein erheblicher Brand aus, der viele Gehöfte zerstört hat.

**Schwerin, 19. Aug. [Zum Gewerbegesetz.]** Das Ministerium des Innern hat in Bezug auf das Bundesgewerbegesetz folgendes Rescript erlassen: „Das Ministerium hält die Auffassung des Magistrats zu R. N. für zutreffend, daß durch das Bundesgesetz vom 8. Juli d. J. betreffend den Betrieb der stehenden Gewerbe, nicht ohne Weiteres auch solche ausschließlichen Betriebsrechte aufgehoben sind, welche auf anderen Rechtstiteln beruhen, als dem Ausschließungsrechte der Zünfte und kaufmännischen Corporationen oder dem bisherigen gesetzlichen Unterscheid von Stadt und Land. — Anlangend aber die in den Amtsstellen einzelner Gewerke zum Schutze des Publikums gegen einen ordnungswidrigen Betrieb des Gewerbes enthaltenen Vorschriften, so wird der Magistrat nicht behindert sein, bei der ihm zustehenden Aufsicht über den Gewerbebetrieb in der ihm anvertrauten Commune, dieselben, so weit sie polizeilicher Natur sind, ihrem materiellen Inhalte nach, event. nach vorgängiger Bekanntmachung, auch gegen diejenigen in Anwendung zu bringen, welche das betreffende Gewerbe auf Grund des Bundesgesetzes vom 8. Juli d. J. dort betreiben, wie denn auch bisher schon ein Zuwiderhandeln wider solche Vorschriften seitens der dem Zunftverbande nicht angehörigen privilegirten Meister nicht ungeahndet geblieben dürfte.“

**Schwerin, 19. August. [Gerücht.]** In militärischen Kreisen ist die Nachricht von dem Abschluß einer Militärconvention zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin verbreitet.

**Kiel, 17. August. [Die Corvette „Nympe“]** geht behufs Ausführung einiger kleiner Reparaturen ins Klawitter'sche Dock in Danzig.

**Duisburg, 15. August. [Das Polizeigefängniß]** Hier macht folgende Bekanntmachung des Bürgermeisters Keller Aufsehen:

„Da seit einiger Zeit das Gerücht verbreitet wird, daß im hiesigen Polizeigefängniß verschiedene Personen durch Polizeibeamte auf die gröblichste Weise mißhandelt worden seien, so habe ich Veranlassung genommen, der Staatsanwaltschaft als der zuständigen Behörde hiervon Kenntniß zu machen, um schleunige eingehende Untersuchung zu bitten. Ich erlaube daher alle Eingekerkerten, das Resultat dieser Untersuchung abzuwarten, sich mit ihren etwaigen Beschwerden an diese competente Behörde zu wenden, aber die Einmischung Unbefugener zurückzuweisen und der Austretung böswilliger Gerüchte, welche den Charakter der Verleumdung tragen, entgegen zu treten.“

Die „Rhein. Ztg.“ bringt in einer Duisburger Correspondenz die Illustrationen zu dieser Bekanntmachung. Darnach sollen Schauer erregende Scenen im Polizeigefängniß vorgekommen sein. Da jedoch die Untersuchung eingeleitet ist, so wollen wir der Bitte des Bürgermeisters nachkommen und das Resultat abwarten. In der gemeinnützigen Bürgergesellschaft „Selbsthilfe“ sollen mehrere der „Geprügelten“ ihre Erlebnisse zu Protokoll gegeben haben.

**Bonn, 17. August. [Bei der Jubelfeier]** der Universität ist nach einer Angabe des Rectorats durch die verschiedenen Stiftungen und Spenden des Vermögens der Universität um mehr als 65,000 Thlr. (darunter der Stipendienfonds um etwa 55,000 Thlr.) vergrößert worden. Dazu sind die durch den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen veranstalteten Sammlungen für eine Stiftungslistung noch im Gange.

**Dresden, 18. August. [Die Manöver und der König von Preußen.]** Die „Constitutionelle Zeitung“ schreibt:

In mehreren Zeitungen findet man die fonderbare Nachricht, daß der König von Preußen es nunmehr auch abgelehnt habe, den bei Chemnitz stattfindenden Manövern der sächsischen Truppen beizuwohnen. Dem „nunmehr auch“ scheint eine Bedeutung gegeben, die es ebenso wenig verdient, als die früher gegebene Nachricht, daß der Bundesoberfeldherr nur den Uebungen unserer Truppen bei Chemnitz und nicht den bei Dresden beizuwohnen zugehört habe. Bei aller Inbetrachtung der staunenswerthen rastlosen Thätigkeit, welcher sich der einundfünfzigjährige König Wilhelm hingiebt, und die in der nächsten Zeit vorzugsweise den Herbstübungen preussischer Bundes-Armee-corps gewidmet sein wird, wird man es dennoch ganz natürlich finden, daß er nicht gleichzeitig eine Inspection mehrerer Truppenkörper vornehmen kann.

**Leipzig, 18. August. [Dr. Joseph und das Schützenfest.]** Die „Sächsische Zeitung“ weiß von einem Umlaufschreiben zu berichten, zu dessen Unterzeichnung in der Einwohnerschaft aufgefordert werde. Dasselbe gehe unter andern von den Herren Kaufmann Lorenz, Dr. Hirzel, Dr. Schillbach, Kaufmann Schnoor, Schund, Wehner, Dr. Georgi, Advocat Gensel, Advocat Wachsmuth aus. Dieselben „erklären, daß sie den Angriff auf den Rath der Stadt Leipzig in der „Neuen Freien Presse“ durch den Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Joseph sowohl in seinem Inhalte als in seiner Form entschieden mißbilligen und das Hinaustragen solcher städtischen Angelegenheiten in eine weitere Öffentlichkeit für verwerflich erachten.“ Dieser Vorgang habe bereits eine Gegenwirkung hervorgerufen: Von anderer Seite sei eine Kundgebung zu Gunsten Dr. Joseph's beschlossen worden, der beizutreten öffentlich werde aufgefordert werden. In mehreren Geschäftslocalen solle Gelegenheit zur Unterzeichnung dieses Schriftstücks geboten werden.

Die „Leipziger Nachrichten“ vom 19. August berichten:

Der bekannte, in der „Neuen Freien Presse“ zuerst erschienene Brief des Hrn. Dr. Joseph über unsern Stadtraths ablehnende Antwort auf die Anfrage betreffs der Abhaltung des nächsten Schützenfestes in Leipzig konnte nicht verschleien, die letztgenannte Körperchaft in hohem Grade zu verlegen, und so erscheint die Mittheilung wohl glaublich, daß der Rath in voriger Woche dem Stadtverordneten-Collegium ein Schreiben zugesendet habe, etwa des Inhalts, daß der Rath den amtlichen Verkehr mit dem bisherigen Stadtverordnetenvorsitzer ablehnen müsse. Dieses Rathschreiben sollte einen Theil der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung bilden und stand als Punkt 1 auf dem betreffenden Einladungs-Circular, ist aber nachträglich gestrichen worden, jedenfalls weil sich inzwischen Herr Dr. Joseph entschlossen hat, heute Abend sein Amt als Vorsitzer niederzulegen. Es wird damit ein Antrag, der, von Dr.

Joseph's Gegnern ausgehend, gegen ihn gerichtet sein würde, wie auch die Möglichkeit einer binnen sechs Wochen stattfindenden Auflösung des Collegiums durch die Staatsregierung, wovon mehrfach die Rede war, beseitigt werden.

**Chemnitz, 17. Aug. [Arbeiterversammlung.]** Das „Ch. Tagebl.“ enthält folgende Schilderung: Gestern Nachmittag bewegte sich in gemeinsamem Schritte ein unübersehbarer langer Zug von der Angervorstadt nach der Annaberger Vorstadt; es war der hiesige Kassal'sche Arbeiterverein, der die Todtenfeier Ferdinand Kassal's beging. Der Präsident des Kassal'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Hr. Fritz Wende aus Dresden, hielt die Festrede, in welcher er u. A. die Versammlung aufforderte, sich des verletzten Rechts der österreichischen Arbeiter anzunehmen. Hr. Wende schlug folgende Resolutionen vor: „1) Hrn. v. Beust aufzufordern, seine Pflicht zu erfüllen und die österreichischen Arbeiter in der Ausübung des ihnen gesetzlich gewährleisteten Vereins- und Versammlungsrechts mit aller ihm zu Gebote stehenden Macht zu schützen; 2) den Präsidenten des Kassal'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Herrn Fritz Wende, zu ersuchen (1), diesen Beschluß zur Kenntniß der Öffentlichkeit, insbesondere des Hrn. v. Beust zu bringen und im Namen des Kassal'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins alle deutschen Arbeitervereine, ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung, aufzufordern, diesem Beschlusse beizutreten.“

**Frankfurt a. M., 16. August. [Der angebliche Verfall der Stadt.]** Zur Ergänzung unserer neulichen Mittheilung über die augenblicklich in den maßgebenden Kreisen von Berlin gegen Frankfurt herrschende Mißstimmung können wir weiter anfügen, daß bei unserem Magistrat ein Schreiben aus der Residenz eingetroffen ist, worin das Eruchen (oder die Aufforderung?) gestellt wird, derselbe möge doch des Näheren begründen, worin sich denn eigentlich der angebliche „Verfall Frankfurts“ (von dem andeutungsweise in der dem Könige in Ems übergebenen Adresse die Rede gewesen) zeige? Man könne sich in Berlin um so weniger von diesem „Verfall“ überzeugen, als sich beispielsweise der Briefverkehr bei der Frankfurter Post und die Zahl der Einwohner der Stadt, seit sie preussisch geworden, notorisch nicht unbedeutend vermehrt hätten u. Von den beiden angegebenen Thatsachen erklärt sich der vermehrte Briefverkehr aus der Einführung des Großverkehrs und die gewachsene Zahl der Einwohnerschaft aus der Aufhebung der bisherigen beschränkenden Bestimmungen für Angehende. — Geh. Rath Wiese aus Berlin ist zur Bestätigung der hiesigen Schriften hier eingetroffen. Wie in den übrigen altpreussischen Städten, so sind nun auch hier durch polizeiliche Anordnung die Prostitutionshäuser für aufgehoben erklärt worden; dieselben müssen bis zum 1. September geräumt sein. (M. Z.)

**Frankfurt, 18. August. [Verurtheilung.]** In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurde der verantwortliche Redacteur der „Frankf. Ztg.“ wegen Beleidigung der Polizeibehörde zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt.

**Konstanz, 15. Aug. [Das heutige Volksfest]** hat, wie man der „Badischen Landeszeitung“ von hier schreibt, alle daran geknüpften Hoffnungen nicht nur erfüllt, sondern weit aus übertraffen, sowohl was die Betheiligung, als auch was die Stimmung der Erschienenen betrifft. Schon am Vorabend waren die badischen Abgg. Heßling, Kirsner und Faller eingetroffen. Am Festtag selbst brachte jeder Eisenbahnzug und jedes Dampfschiff Fremde aus der Nähe und Ferne. Eine große Menschenmenge erwartete das bairische Schiff, welches den Gefierten bringen sollte; als Volk den Landungssteg betrat, erscholl ein begeistertes Hochrufen, welches sich wiederholte, als er die Menge durchschritt. Volk hatte, wie in Immensität, seine Gattin und seinen dreizehnjährigen Sohn mitgebracht. Mit dem gleichen Schiff waren viele Würtemberger gekommen, darunter auch der Abgeordnete Hölder. Aus dem badischen Seckreis waren nicht nur alle Städte, sondern gewiß jeder größere Ort durch einige Theilnehmer vertreten. Besonderer Glanz erhielt die Versammlung durch die Anwesenheit der Würtemberger und Baiern. Aus Würtemberg waren u. a. folgende Orte vertreten: Riedlingen, Tuttlingen, Göppingen Münsingen, Tübingen, Biberach, Ravensburg, Tettnang, Ehlingen, Stuttgart, Friedrichshafen, Jöns, Buchau, Schramberg, aus Baiern: Kempten, Immenstadt, Wilhelmshaus, Gessing, Einbau, Mitten, Wasserburg, Nonnenhorn, Bodolt, Schöna, Sonthofen. Der Zweck, sämtliche thätige Parteimitglieder wieder einmal zu gemeinschaftlicher Besprechung zu vereinigen und dadurch den Partei-Bestreben einen frischen Antriebs zu geben, ist somit vollständig gelungen. Tausende empfanden bei der gestrigen Verhandlung das Wehen des vaterländischen Geistes, Tausende werden die Kunde hinaustragen. Von 2 Uhr an ging es in ununterbrochenem Strom „wie eine Wallfahrt“ in den Conciliensaal. Man begann sich mit dem Gedanken zu beschäftigen, ob die Versammlung nicht im Freien abzuhalten sei, ging jedoch der stehenden Sonnenhitze wegen hiervon ab. Der große Saal reichte für die etwa 2500—3000 Teilnehmer übrigens vollständig aus. Um 3 Uhr betrat Volk den Saal und wurde mit stürmischem Hochrufen begrüßt. Zum Vorsitzenden wurde durch Zuruf Anwalt Merk von Konstanz erwählt. Volk hielt eine Rede von höchster Wirkung, welche an vielen Stellen von stürmischem Beifall unterbrochen wurde, der sich auch am Schluß wiederholte. Nach Volk sprach Hölder aus Stuttgart, gleichfalls mit Jubel empfangen, und sodann der (Herr von Stöckingen unterlegene) Candidat der Fortschrittspartei im Seckreis bei den Zollparlamentswahlen, Faller von Lenzkirch, dem eine ausnehmend warme und herzliche Huldigung gebracht wurde. Der Vorsitzende Dr. Merk faßte hierauf die Grundgesinnung der Anwesenden in folgende drei Sätze zusammen, die einstimmig angenommen wurden: 1) Wir erkennen in der jüngsten Entwicklung Deutschlands den Anfang zur Vereinigung des Vaterlandes zu einem krasvollen Ganzen. 2) Wir verwerfen die Bildung eines Südbundes, als der Einigung gefährlich und nur dem Auslande dienlich. 3) Wir vertrauen auf den Freiheitsdrang des deutschen Volkes, daß derselbe innerhalb des geeinigten Vaterlandes sich Geltung verschaffen werde. — Die Versammlung wurde darauf unter dem Hochruf der Menge geschlossen; am Abend vereinigte ein Banket die Freunde Volk's, bei welchem es an patriotischen Reden nicht fehlte.

**Wien, 19. Aug. [Zur Lage im Orient.]** Die „Presse“ meldet: Das Reichsministerium des Aeußern hat Angesichts der drohenden Lage im Orient, im Einverständnis mit den Landesverteidigungs-



